

FDP

Die Liberalen

FDP Landesverband Berlin • Dorotheenstraße 56 • 10117 Berlin

Herrn
Marco Schulze
c/o Bürgerhilfe
Taborstraße 17
10997 Berlin



Christoph Meyer MdB
Landesvorsitzender

FDP Landesverband Berlin
Dorotheenstraße 56
10117 Berlin

Telefon: 030 - 278 95 90
Telefax: 030 - 27 89 59 17
meyer@fdp-berlin.de
www.fdp-berlin.de

Berlin, 7. Juni 2011

Fragenkatalog

Sehr geehrter Herr Schulze,

unter Bezugnahme auf den von Ihnen im Mai übersandten Fragenkatalog übersende ich Ihnen anbei die Wahlprüfsteine der FDP Berlin. Die Übermittlung der Antworten bis zur von Ihnen gesetzten Frist am 30. Mai 2011 war uns leider nicht möglich, die verspätete Übersendung bitte ich daher zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer
Landesvorsitzender

Wahlprüfsteine Landesarmutskonferenz

1. Damit wir nicht langfristig auf eine Wohnungsknappheit zulaufen, muss der privat finanzierte Wohnungsneubau gestärkt werden. Dies betrifft sowohl den Neubau, wie auch die Sanierung der Bestände.

Wir setzen uns für weitere Flächenausweisungen für Wohnprojekte, besonders auch im Innenstadtbereich ein. Ebenso wollen wir landeseigene Grundstücke gezielt nutzen, um preiswerten Wohnungsbau zu ermöglichen.

Auch der Neubau von Eigentumswohnungen entlastet den Mietermarkt, da durch den Umzug in Eigentumswohnungen Mietwohnungen frei werden. Gleichzeitig sichert Wohneigentum langfristig stabile Wohnkosten. Deshalb ist unser Ziel, die Eigentumsquote zu erhöhen.

Wenn landeseigene Wohnungen verkauft werden, müssen diese zuerst den Mietern zum Kauf angeboten werden.

Kleinteilige Vergaben eröffnen mehr Chancen Wohneigentum neu zu errichten. Das gilt auch für genossenschaftliches Bauen und Baugruppen, denen wir Chancen eröffnen wollen, ihre Pläne umzusetzen. Hierfür muss das Land Berlin ausreichend Grundstücke in interessanten Lagen zur Verfügung stellen. Bauliche Investitionen, privates Kapital und eine Aufwertung von Stadtquartieren müssen positiv begleitet werden.

2. Wohnungsnot aufgrund niedriger Einkommen ist aus Sicht der FDP das Symptom der wirtschaftlichen Schwäche Berlins sowie der damit verbundenen Arbeitslosigkeit. Wohnungsnot lässt sich daher nur nachhaltig bekämpfen, wenn die Arbeitslosigkeit in der Stadt nachhaltig gesenkt wird.
 - a. Der Sinn der seinerzeitigen Arbeitsmarktreform (Hartz IV) war, die Grundsicherung für Arbeitsuchende durch Pauschalierung zu vereinfachen, wobei die Grundsicherung als Übergang bis zum Übergang in ein neues Arbeitsverhältnis gedacht ist. Dort, wo Menschen aufgefordert werden, die Wohnkosten auf ein angemessenes Maß zu senken, müssen Jobcenter entsprechende Hilfe leisten.
 - b. Wichtig ist, dass die AV Wohnen regelmäßig an das Niveau der Berliner Wohnkosten angepasst wird. Daneben muss sie aber auch strikt angewandt werden, wie es mehrfach vom Bundesrechnungshof angemahnt wurde.

So werden in Berlin die Bezieher der Grundsicherung seltener zur Senkung der Wohnkosten aufgefordert als in anderen Bundesländern.

- c. Wir sind für Subjekt- statt Objektförderung, d.h. lieber die unterstützen, die es brauchen, als vergünstigte, generell geförderte Wohnungen anzubieten, die dann auch von Menschen genutzt werden, die nicht auf dieses Angebot angewiesen sind. Eine Subjektförderung ermöglicht auch eine Einzelfallbetrachtung.
 - d. Die Jobcenter haben aus Sicht der FDP ein erhebliches Potential ihre Vermittlungsergebnisse zu optimieren. Die Vermittlung eines Arbeitsplatzes ist der beste Schutz gegen Wohnungsnot. Ansonsten müssen die bestehenden Sozialgesetze strikt angewendet werden. Sollte Wohnungsnot drohen, müssen die Sachbearbeiter der Jobcenter frühzeitiger als bisher, den Kontakt zu Institutionen der Wohnungshilfe suchen, um gemeinsam eine Hilfe zu organisieren.
3. In den letzten Jahren gab es einige umwerfende gesellschaftliche Veränderungen in Deutschland, die sich unterschiedlich auf bestimmte Teile der Bevölkerung ausgewirkt haben. Die bundesdeutsche Wirtschaft befindet sich im globalen Wettbewerb, der Leistungsdruck in vielen Bereichen hat zugenommen. Zusätzlich hatte Deutschland in den letzten Jahren eine Massenarbeitslosigkeit zu verzeichnen, die einen Teil der Bevölkerung von Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt, aber auch darüber hinaus ausgeschlossen hat. Gleichzeitig haben die Bindungskräfte der unterschiedlichen sozialen Milieus nachgelassen, so dass viele Menschen mit ihren Problemen allein stehen, psychisch erkranken oder sich in teilweise multiple Suchtverhalten stürzen.

Das Suchtverhalten mit seinen enormen gesellschaftlichen Folgekosten ist letztendlich nur das Symptom unterschiedlichster gesellschaftlicher Veränderungen. Im Rahmen der gesundheitlichen Verhältnisprävention ist es deshalb naheliegend, dass gesellschaftliche Umbrüche so gestaltet werden müssen, dass alle Teile der Gesellschaft mitgenommen werden müssen. Ein enormer Beitrag dazu ist dann letztendlich auch eine erfolgreiche und anspruchsvolle Bildungs- und Wirtschaftspolitik, die für Arbeitsplätze und Chancengerechtigkeit sorgen.

Neben der Verhältnisprävention darf jedoch auch die Verhaltensprävention nicht zu kurz kommen. Hier sind z. B. die Schulen gefragt, den Schülern frühzeitig Kompetenzen zu vermitteln, die sie dazu befähigen, Probleme zu lösen bzw. negative Ereignisse ohne Alkohol oder andere Suchtmittel zu verarbeiten.

4. Innerhalb der letzten 12 Jahre hat sich gesellschaftlich sehr viel bewegt in Berlin. Nicht immer zum Besten. Die gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen haben zu neuen Problemlagen geführt. Dementsprechend müssen die Leitlinien zur Hilfe für Wohnungslose angepasst werden.

Dabei muss aber weiterhin der Bereich der Prävention im Vordergrund stehen, um die Entstehung von Notlagen zu verhindern.

5. Eine bei den Bezirken angesiedelte Weisungs- und Steuerungsfunktion hat den Vorteil, dass diese gezielt auf die spezifischen Notlagen der Bezirke bzw. einzelner Stadtteile oder Kieze eingehen können. Dies hätte auch den Vorteil einer besseren und direkteren Zusammenarbeit mit den 12 bezirklichen Jobcentern.
6. Berlin benötigt eine Wohnungsnotfallhilfe, die ihren Schwerpunkt auf den Bereich Prävention setzt. Hier müssen die Jobcenter und Sozialämter ihre Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Wohnungsnotfallhilfe weiter optimieren. Im Bereich der Obdachlosenbetreuung muss die sozialpädagogische Betreuung ausgebaut werden. Zudem muss die Betreuung sich an neuen Problemlagen orientieren, so z.B. an das immer häufigere Auftreten multipler Problemlagen sowie die immer häufigere Präsenz von Obdachlosen insbesondere aus dem osteuropäischen Raum.
7. Eine bessere Betreuung bedeutet nicht immer automatisch höhere Kosten. In den einzelnen Verwaltungen befindet sich noch erhebliches auch finanzielles Optimierungspotenzial. Sollten höhere Ausgaben notwendig sein um die Wohnungsnotfallhilfe und die Obdachlosenhilfe zu optimieren, muss das über andere Bereiche gegenfinanziert werden. So werden über den Berliner Haushalt immer noch eine Vielzahl von Spaß- und Klientelprojekten finanziert. Diese Mittel stehen dann für andere sinnvolle Bereiche nicht zur Verfügung.
8. Wer mit öffentlichen Mitteln, finanziert vom Steuerzahler – auch von Niedrigverdienern – arbeitet, muss mit diesen sorgsam und transparent umgehen. All diejenigen sozialen Dienstleister, die gute, teilweise ehrenamtliche Arbeit leisten, müssen vor solchen geschützt werden, die die Sozialarbeit vorrangig als Geschäftsmodell ansehen und bei denen das Geldverdienen Priorität gegenüber dem Helfen hat. Die Frage ist berechtigt, ob das System der Sozialindustrie überhaupt ein Interesse daran hat, so gut zu arbeiten, dass ihm die Geschäftsgrundlage entfällt.

Die Berliner FDP hat sich in den letzten beiden Legislaturperioden für die Einführung eines Träger- und Projekteatlas ausgesprochen, aus dem ersichtlich wird, wer wofür wie viel Geld bekommt. Das schafft die Grundlagen für mehr Transparenz in der Finanzierung von Sozialleistungen. Außerdem muss die Wirtschaftlichkeit und Qualität der erbrachten Sozialleistungen regelmäßig überprüft werden. Hier hat der rot-rote Senat jahrelang versagt und ist letztendlich mitverantwortlich für die Maserati-Affäre bei der Berliner Treberhilfe. Außerdem möchte die FDP zuwendungsfinanzierte Sozialleistungen ausschreiben, so dass diejenigen zum Zuge kommen, die nachweisen können, dass sie die Leistungen gleichzeitig effizient und effektiv sowie qualitativ gut erbringen können.